

Birgit Palzer-Röllinger

Zur Legitimität von Mehrheitsentscheidungen

Die Legitimitätsproblematik von Mehrheitsentscheidungen
angesichts zukunftsgefährdender politischer Beschlüsse



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Einführung	12
I. Der Begriff des Mehrheitsprinzips	21
II. Mehrheitsprinzip und Demokratie	23
1. Die Gleichsetzung von "Mehrheitsprinzip" und Demokratie	23
1.1. Demokratie ist unbegrenzte Mehrheitsherrschaft	24
1.2. Kritik an der Position der "majoritarians"	28
1.2.1. Kritik am präsupponierten Selbstbeschränkungswillen	28
1.2.1.1. Der Selbstbeschränkungswille zum Wohle der Gesamtheit (Ranney und Kendall)	28
1.2.1.2. Der Selbstbeschränkungswille aus Machtkalkül (Kelsen)	30
1.2.2. Logische Einwände gegen die Position der "majoritarians"	31
1.3. Abschließende Bemerkungen	32
2. Menschenrechte als Begrenzung des Mehrheits-Prinzips	35
2.1. <i>Der Begriff der Menschenrechte</i>	35
2.1.1. Menschenrechte als Ansprüche auf konkrete Rechte	36
2.1.2. Menschenrechte in philisophischer Reflexion	39
2.2. Naturrechtliche Begründung der Menschenrechte	41
2.2.1. Der Begriff des Naturrechts	44
2.2.2. Die naturrechtliche Menschenrechtsbegründung Lockes	46
2.2.3. Kritik an Lockes Konzeption	52
2.2.3.1. Das Problem der Ableitung eines Sollens aus einem Sein	52

2.2.3.2.	Die naturrechtliche Normenbegründung bleibt hinter dem demokratischen Standard zurück	58
2.3.	Vernunftrechtliche Begründung	61
2.3.1.	Der Begriff des "Vernunftrechts" und seine Fundierung des Menschenrechts bei Kant	61
2.3.2.	Kritik an der vernunftrechtlichen Fundierung der Kantischen Menschenrechtskonzeption	73
2.3.2.1.	Methodische Einwände	73
2.3.2.2.	Anmerkungen zu den Begriffen "Autonomie" und "Menschenwürde"	79
2.3.2.3.	Fehlende Reflexion der Geschichtlichkeit	83
2.3.3.	Die Bedeutung der Kantischen Menschenrechtsvorstellung	84
3.	Zwischenbilanz	91
4.	Das parlamentarische Mehrheitsprinzip in der Anfechtung	94
5.	Der Begriff der "Legitimität"	97
5.1.	Legitimität als faktische soziale Geltung	97
5.2.	Legitimität als Anerkennungswürdigkeit	99
6.	Die Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips in der Demokratie	102
6.1.	Der zweckrationale Ansatz	103
6.2.	Der wertrationale Ansatz	106
6.2.1.	Größtmögliche Annäherung an die Wahrheit	106
6.2.2.	Größtmögliche Annäherung an die Freiheit	109
6.2.3.	Verfahrenswert aufgrund seiner Formalität	113
6.2.3.1.	Gleichheit als Maßstab und Ziel	113

6.2.3.2. Keine inhaltliche Rechtfertigung der Mehrheitsentscheidung	115
6.2.3.3. Vorläufigkeit und Änderbarkeit von Entscheidungen	116
6.2.4. Voraussetzungen für die Legitimität von Mehrheitsentscheidungen	117
6.2.4.1. Formale Voraussetzungen	117
6.2.4.2. Gesellschaftlicher Konsens als Fiktion	118
6.2.4.3. Verfassung als rechtlicher Konsens	122
6.2.5. Konsequenzen des wertrationalen Ansatzes für die gegenwärtige Diskussion	124
6.2.6. Kritik am wertrationalen Ansatz	126
6.3. Der reflexive Ansatz	127
6.3.1. Gesellschaftlicher Konsens als Faktum	128
6.3.2. Trennung von öffentlichem und privatem Entscheidungsbereich	132
6.3.3. Offenheit des Verfahrens	136
6.3.3.1. Gleiche Chancen der Minderheit, zur Mehrheit zu werden	136
6.3.3.2. Reversibilität von Entscheidungen	138
6.3.4. Intensität der Entscheidungspräferenz von Mehrheit und Minderheit darf nicht allzu stark differieren	141
6.3.5. Kongruenz von Entscheidungsträgern und Entscheidungsbetroffenen	145
6.3.6. Konsequenzen des reflexiven Ansatzes	149
6.3.7. Kritik am reflexiven Ansatz	152

III. Neue Anforderungen angesichts ökologischer Probleme	158
1. Produzieren wir Entscheidungen eines neuen Gefährdungspotentials?	
Ein Problemaufriß	158
1.1. Eine Abgrenzung der Begriffe "Gefahr", Risiko" und "Gefährdung"	159
1.2. Deskription des Gefährdungspotentials	165
1.2.1. Natur als Untertan	165
1.2.2. Tendenz zur "Globalisierung" von Selbstgefährdungspotentialen	166
1.2.3. Jenseits des ökonomischen Kalküls	170
1.2.4. Wissenschaftlich-technisches Denken als Grund der Erzeugung von Gefährdungen	171
1.2.5. Nicht sinnlich wahrnehmbare Folgen	174
1.2.6. Neue demokratiethoretische Anforderungen	175
1.3. Risiko und Gefährdung als soziales Konstrukt	182
1.4. Eine Zwischenbilanz	187
2. Verantwortung gegenüber der Natur und zukünftigen Generationen	191
2.1. Ökoethischen Ansätze in der Diskussion	192
2.1.1. Anthropozentrische Ansätze	192
2.1.2. Pathozentrische Ansätze	194
2.1.3. Biozentrische Ansätze	195
2.1.4. Holistische Ansätze	196
2.2. Grundsätzliche Probleme der ökoethischen Diskussion	197
2.2.1. Teleologische oder deontologische Ethik?	197

2.2.1.1. Tendenz zur "Re-Moralisierung der Natur"	198
2.2.1.2. Methodische Probleme	201
2.2.1.3. Problem der intersubjektiven Verbindlichkeit	204
2.2.1.4. Bewahrung des humanitären Standards	204
2.2.1.5. Wirksamkeit	205
2.2.2. Biozentrik versus Anthropozentrik?	207
2.2.2.1. Der Mensch als Subjekt der Verantwortung	207
2.2.2.2. Vorrang des menschlichen Interesses	208
2.3. Eine Zwischenbilanz: Anknüpfen an Kant und über Kant hinaus	210
IV. Ausblick	216
1. Politikberatung als Ansatz	216
2. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik: Eine Abgrenzung vom dezisionistischen und technokratischen Modell	223
3. Zur Notwendigkeit der Einbeziehung der Öffentlichkeit	225
4. Das Problem der Rückbindung des normativen Horizonts an die Praxis	228
5. Kriterien zur praktischen Ausgestaltung	230
Schlußbetrachtung	233
Literaturverzeichnis	246